

N i e d e r s c h r i f t

über die 11. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 05. September 2017, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher:	Burckart, Ralf	
Stadtverordnete:	Arnold, Jürgen	(entschuldigt)
	Bausch, Hans	
	Bork, Anneliese	
	Braun, Dennis	
	Geiselbrechtinger, Renate	
	Dr. Goll, Michaela	
	Hansmann, Dirk	
	Heine, Volker	(entschuldigt)
	Hille, Frank	
	Hoth, Wolfgang	
	Koch, Gisela	
	Kühne, Antonia	(entschuldigt)
	Lang, Gudrun	
	Lenz, Karin	
	Dr. Lenz, Ulrich	
	Leun, Manfred	
	Lodde, Franziska	
	Lodde, Hendrik	
	Löser, Friedel	(entschuldigt)
	Markgraf, Antje	
	Markgraf, Uwe	
	Nöh, Burkhard	
	Reinwald, Peter	
	Rippl, Frank	
	Schaffer, Franziska	
	Schaffer, Joachim	
	Schimmel, Dirk	
	Dr. Schütz, Christof	
	Seim, Dirk	(entschuldigt)
	Steinberg, Tim-Ole	
	Utschig, Thomas	
	Wedemann, Fabian	(entschuldigt)
	Weigel, Lothar	
	Weitze, Alisha	
	Wolter, Michael	
	Dr. Worm, Heinz-Lothar	
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg	
	Stadtrat Arnold, Norbert	
	Stadtrat Altenheimer, Thomas	
	Stadträtin Braun, Petra	
	Stadtrat Deeg, Sven	
	Stadtrat Gath, Wolfgang	
	Stadtrat Krapf, Reinhold	
	Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert	
	Stadtrat Trinklein, Gerhard	

Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham
Verwaltung:	Retzer, Patrick
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Zuhörer:	10
Protokollantin:	Wolf, Renate

Tagesordnung

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
3. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

4. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtrat Norbert Arnold“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 025/16/21 -
5. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnetenvorsteher Ralf Burckart“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 026/16/21 -
6. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnete Antje Markgraf“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 027/16/21 -
7. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnete Gudrun Lang“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 028/16/21 -
8. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtverordnete Renate Geiselbrechtinger“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 029/16/21 -
9. Verleihung einer Ehrenbezeichnung
hier: Verleihung der Ehrenbezeichnung „Ehrenstadtrat Thomas Altenheimer“
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 030/16/21 –
10. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern
Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ – 3. Änderung
(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)
hier: Aufstellungs- und Änderungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13 BauGB
11. Neufassung einer Wasserversorgungssatzung (WVS)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 036/16/21 -

12. Entwicklung/Einbeziehung von Wegeparzellen für den Bau des Limesradweges
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 043/16/21 -
13. Hinzuziehung und Beauftragung externer Fachkräfte beim geplanten Kindergartenneubau Regenbogenland
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/16/21 - und Fraktion-Änderungsantrag der SPD hierzu vom 27.11.2016 -
14. Neubesetzung des Ortsgerichts II – Vorschlag der Stadt Linden gemäß § 7 Abs. 1 Ortsgerichtsgesetz (OGG)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 039/16/21 -
15. (Nach-) Wahl von Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und ihrer Stellvertreter
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 040/16/21 -
16. Einbringung der 2. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017
- Magistratsvorlage Nr. 041/16/21 -
17. Bürgerentscheid zur Einführung von wiederkehrender Straßenbeiträgen
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 037/16/21 -
18. Einrichtung von E-Tankstellen in Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 038/16/21 -
19. Sukzessive Erstellung und Fortschreibung eines Landschaftspflegekonzeptes
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 039/16/21 -
20. Pflege der stadt eigenen Feldholzinseln
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 040/16/21 -
21. Beschäftigungsmöglichkeit für Flüchtlinge
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 043A/16/21 -
22. Straßenbeitragssatzung Linden
hier: Einstufung der Verkehrsanlage Breiter Weg
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 044/16/21 –
23. Anschaffung von Spielgeräten für Kinder mit Behinderung
- Antrag CDU – Fraktion Nr. 045/16/21
24. Zufahrt Wohnviertel Ziegelei
- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 046/16/21

Kenntnisnahmen:

25. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
 - a1) Anfrage des Stadtverordneten der FW-Fraktion Manfred Leun bezüglich der Ausfertigung und öffentlichen Bekanntmachung, Aushang, Auslegung von Satzungen; Aufstellung, Offenlegung von Bauleit-/ Bebauungs- und Flächennutzungsplänen der Stadt Linden

- a2) Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der FW-Fraktion Hans Bausch bezüglich des Themas Kindergartenneubau
- a3) Anfrage des Stadtverordneten der FDP-Fraktion Peter Reinwald bezüglich des Themas Unterhaltung, Sanierung und Erneuerung städtischer Straßen

26. Verschiedenes

Anmerkung der Protokollantin: Eine Aufzeichnung der Sitzung hat nicht stattgefunden!

Zu Punkt 1

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Das Parlament ist beschlussfähig.

In alter Tradition gratuliert Stadtverordnetenvorsteher Burckart den Parlamentariern und Stadträten, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten. Stadtverordnete Dr. Michaela Goll erhält zu ihrem 50. Geburtstag einen Blumengruß.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Zu Punkt 2

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

Hierzu liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 3

Berichterstattung durch den Magistrat

Stadtentwicklungskonzept 2036

Ein Interessenbekundungsverfahren wurde durchgeführt und 4 Interessenten zur Vorstellung ihrer Programme eingeladen. Der Magistrat wird jetzt die entsprechenden Angebote einholen.

Wettbürosteuer

Eine neue Wettbürosteuer konnte noch nicht auf den Weg gebracht werden. Die am 1.1.2017 in Linden In Kraft getretene Satzung muss aufgrund eines Gerichtsurteils zu § 3 der städtischen Satzung aufgehoben werden. Sobald die neueste Rechtsprechung vorliegt muss eine neue Satzung auf den Weg gebracht werden.

Ratsinformationssystem

Der Vertragsabschluss steht unmittelbar bevor und dann kann das System in der Verwaltung angewandt werden. Vorgesehen ist, dass ab. 1.1.2018 die Parlamentarier damit arbeiten können.

Organisationsgutachten

Auch hier wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt; die Umsetzung wird auf den Weg gebracht.

Magistrat

Bgm. König muss dem Parlament leider mitteilen, dass Herr Stadtrat Robert-Kreuzinger-Ibe Ende des Jahres im Magistrat aufhören wird. Er dankt Herrn Stadtrat Kreuzinger-Ibe für eine jahrelange gute Zusammenarbeit.

Zum Bericht des Magistrats ergibt sich folgende Wortmeldung:

Klimaanlage

Stadtrat Bausch möchte wissen, was es nun mit einer Klimaanlage geben wird.

Bgm. König hatte hierzu schon in einer Ausschusssitzung berichtet.

Der Eigentümer erlaubt zwar den Einbau einer Klimaanlage, wird diese nicht nutzen und sich auch nicht an den Kosten beteiligen. Sollte die Klimaanlage irgendwann einmal nicht mehr benötigt werden, muss die Stadt diese auf ihre Kosten wieder ausbauen.

Im Ältestenrat und im Magistrat wurde sich dann darauf verständigt, dass die Kosten aufgrund der geringen Nutzung dann nicht mehr verhältnismäßig sind.

Wettbürosteuer

Stadtrat Leun erklärt hierzu, dass das Urteil vom 29.06.2017 zur Aufhebung geführt hat.

Zu den Punkten 4-9

Verleihung einer Ehrenbezeichnung

Stadtverordnetenvorsteher Burckart ruft die Punkte 4-9 gemeinsam auf und übergibt unter Hinweis auf § 25 HGO die Leitung der Sitzung an den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Hille.

Die zu Ehrenden verlassen unter Hinweis auf § 25 HGO den Sitzungssaal.

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Hille übernimmt die Sitzungsleitung. Er führt aus, dass gem. § 10 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Linden Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Ehrenbeamte/Ehrenbeamtinnen und hauptamtliche Wahlbeamte/Wahlbeamtinnen entsprechend geehrt werden können, wenn diese Tätigkeit insgesamt 20 Jahre ausgeübt wurde.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat über alle Tagesordnungspunkte einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hille lässt getrennt über die einzelnen Magistratsvorlagen Drucksachen Nr. 025-020/16/21 abstimmen:

Zu allen Punkten erfolgte bei 27 Ja-Stimmen eine einstimmige Annahme.

Die zu Ehrenden nehmen wieder an der Sitzung teil

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher Hille verliest den Text der Ernennungsurkunde für den Stadtverordnetenvorsteher und nimmt zusammen mit Bgm. König die Ehrung vor.

Anschließend übernimmt Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart wieder die Sitzungsleitung und nimmt die weiteren Ehrungen vor.

Zu Punkt 10

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Leihgestern

Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Breiter Weg“ – 3. Änderung

(Vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB)

hier: Aufstellungs- und Änderungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13 BauGB

Bgm. König erläutert kurz den Hintergrund dieses Aufstellungs- und Änderungsbeschlusses (Standort Kindergarten/ Kanalüberbauung usw.) und bittet um entsprechende Beschlussfassung.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat bei 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Dr. Schütz macht deutlich, dass er die Informationspolitik des Magistrats in dieser Angelegenheit als sehr unerfreulich empfunden habe. Es wurde lediglich einmal unter Punkt Verschiedenes angesprochen, dass sich wegen des Kindergartenneubaus nichts ändern würde und alles so bleiben solle, wie es war. Nun aber redet man von über 300T € Mehrkosten. Der Kindergartenneubau ist sinnvoll und erforderlich, aber dann kann man nicht sagen, dass alles beim Alten bleibt. Seine Fraktion unterstütze den Bau des Kindergartens, aber diese Vorlage nicht.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 042/16/21 ergibt bei 4 Enthaltungen mehrheitliche Annahme.

Zu Punkt 11

Neufassung einer Wasserversorgungssatzung (WVS)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 036/16/21 -

Bgm. König führt aus, dass diese Vorlage schon im Dezember beschlossen werden sollte. Dann legte jedoch die SPD-Fraktion diverse Änderungswünsche vor, die vom HSGB rechtlich zu prüfen waren. Der HSGB habe hierzu mitgeteilt, dass die gewünschte pauschalierte Abrechnung nicht haltbar sei und davon abgeraten. Seitens des Magistrats wurde der Passus eingebaut, dass ab einer Hausanschlusslänge von mehr als 10m ab Grundstücksgrenze ein Zählerschacht zu setzen ist.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 036/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 12

Entwidmung/Einbeziehung von Wegeparzellen für den Bau des Limesradweges

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 043/16/21 –

Bgm. König teilt mit, dass sich 2009 mehrere Kommunen zusammengeschlossen haben, um den Limesradweg zu bauen. Dafür ist es erforderlich, dass ein Weg verlegt wird und zu entwidmen ist. Hierfür sei eine 2/3 Mehrheit erforderlich; Bgm. König geht diesbezüglich auf die hierzu befragte Kommunalaufsicht und das Amt für Bodenmanagement in Marburg ein.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat keine Abstimmung vorgenommen, da noch diverse Fragen offenstanden.

Eine Nachfrage des Stadtverordneten Reinwald zur Kommunalaufsicht wird von Bgm König zufriedenstellend beantwortet.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte wissen, was als Ausgleichsmaßnahme planerisch schon festgesetzt wurde.

Laut Bgm König sind auch hierzu schon entsprechende Tätigkeiten im Gange.

Stadtverordneter Dr. Schütz möchte wissen, wer für die Ausgleichsmaßnahmen zuständig ist, wenn ein öffentlicher Weg an eine Privatperson übergeben wird.

Laut Bgm. König ist hierfür immer der ursprüngliche Bauherr (hier Stadt Linden) zuständig.

Stadtverordneter Markgraf ist der Meinung, dass es nicht zulässig sei, dass durch diese Einziehung sogenannte Blindwege entstehen.

Außerdem müsse nach dem Hess. Straßengesetz eine Einziehung 3 Monate vorher öffentlich bekanntgemacht werden.

Laut Bgm. König wurden alle betroffenen Eigentümer angeschrieben und alle haben ihre Zustimmung zum Radwegprojekt erteilt.

Stadtverordnete Markgraf erklärt, dass der Antragstext nicht mit den beiliegenden Karten übereinstimmt; die Karte widerspreche den textlichen Festsetzungen.

Hierzu wird durch Frau Wolf anhand der Karte noch einmal genau erklärt, um welchen Weg es sich handelt und dies stimmt mit den textlichen Festsetzungen überein.

Bgm. König ergänzt, dass diese Baumaßnahme 2009 mit den beteiligten Kommunen abgesprochen und die erforderlichen Beschlüsse gefasst wurden. Daher könne er es nicht verstehen, warum man nun diese Maßnahme verzögere. Wie allen bekannt und von allen gewollt, steigere der Limesradweg auch die touristische Attraktion der Stadt Linden.

Ehrenstadtverordneter Bausch bestätigt, dass eine 2/3 Mehrheit für den Beschluss erforderlich ist, da bereits 1972 im Flurbereinigungsverfahren diese Wege gewidmet wurden.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 043/16/21 ergibt bei 29 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen eine Annahme.

Zu Punkt 13

Hinzuziehung und Beauftragung externer Fachkräfte beim geplanten Kindergartenneubau Regenbogenland

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/16/21 - und Fraktion-Änderungsantrag der SPD hierzu vom 27.11.2016 –

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat hierzu keine Abstimmung vorgenommen, da noch diverse Fragen zu klären waren.

Ehrenstadtverordnete Lang teilt mit, dass die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag zurückzieht.

Stadtverordneter Reinwald erklärt, dass bei der Absprache unter den Fraktionen ein breiter Konsens getroffen wurde und daher bittet er um Zustimmung.

Stadtverordneter Schaffer führt aus, dass er bereits im Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt darauf hingewiesen habe, dass er dies als überflüssig empfindet, eine Leistung 2x zu bezahlen. Der Architekt müsse lediglich seinen Aufgaben gerecht werden.

Stadtverordneter Nöh erklärt für seine Fraktion, dass dem Antrag zugestimmt wird, da die Gespräche und Fachvorträge in den Ausschüssen aufgezeigt habe, dass eine Fachbegleitung erforderlich und sinnvoll sei.

Stadtverordneter Leun erklärt, dass die Stadtverordnetenversammlung für einen derartigen Beschluss gar nicht zuständig sei. Diese Entscheidung obliege ausschließlich dem Magistrat. Sollte hierüber entschieden werden sollen, müsste der Antrag anders formuliert werden.

Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart fragt nach einer konkreten Formulierung.

Laut Stadtrat Leun könnte es heißen: „... wir empfehlen dem Magistrat...“ oder „...wir appellieren an den Magistrat...“

Stadtverordneter Dr. Schütz ist dankbar für diesen formalen Hinweis; möchte aber, dass dann in der Begründung die entsprechenden §§ aufgeführt werden. Dies müsse er nachlesen können, um nachzuvollziehen, warum die Stadtverordnetenversammlung nicht zuständig sei.

Stadtrat Leun nennt die §§ 9, 50 und 66 HGO.

Stadtverordneter Reinwald schließt sich dem Stadtverordneten Dr. Schütz an. Ihm geht es darum, ob die Stadtverordneten eine fachliche Begleitung wollen oder nicht und dies dürfe an ein paar kleinen Worten nicht scheitern. Wenn es erforderlich sei, stelle er einen entsprechenden Änderungsantrag.

Laut Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart ist dies nach Rückfrage im Parlament nicht erforderlich; der erste Absatz soll lauten:“ Zur qualitativen Unterstützung..., wird dem Magistrat empfohlen, folgenden ...“

Bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen wird der im Wortlaut geänderte Antrag angenommen.

Zu Punkt 14

Neubesetzung des Ortsgerichts II – Vorschlag der Stadt Linden gemäß § 7 Abs. 1 Ortsgerichtsgesetz (OGG)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 039/16/21 -

Bgm. König teilt mit, dass die Amtszeit von Herrn Matthias Rohlehr abgelaufen ist. Nach der erforderlichen Veröffentlichung hat sich niemand gemeldet und Herr Rohlehr hat sich bereit erklärt, noch einmal zu kandidieren.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 039/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 15

(Nach-) Wahl von Schriftführerinnen bzw. Schriftführern und ihrer Stellvertreter

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 040/16/21 -

Bgm. König erläutert kurz die Vorlage; darin ist im letzten Absatz des Beschlussantrages die bereits gewählte Bedienstete Steffi Granzer als weitere Schriftführerin aufzunehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 040/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 16

Einbringung der 2. Nachtragshaushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes der Stadt Linden für das Jahr 2017

- Magistratsvorlage Nr. 041/16/21 -

Bgm. König bringt die 2. Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan ein.

Hintergrund sind diverse Personalveränderungen (Abgänge/Neueinstellungen usw.), die sich im Laufe des Jahres ergeben haben.

Bgm. König geht noch auf einzelne Positionen näher ein.

Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart dankt für die Einbringung des 2. Nachtrages und bittet um entsprechende Terminvereinbarung zur Beratung.

Zu Punkt 17

Bürgerentscheid zur Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 037/16/21 -

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 2 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen keine Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Ehrenstadtverordnete Lang erläutert den Sinn eines Bürgerentscheides und geht kurz auf den zeitlichen Ablauf der Beratungen zu diesem Thema ein.

Ehrenstadtverordneter Bausch erklärt, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde. Es könne nicht sein, dass Bürger über das Geld anderer Bürger entscheiden, ohne überhaupt von diesen wiederkehrenden Straßenbeiträgen betroffen zu sein.

Stadtverordneter Hille ist über die Ausführungen zur Begründung des Antrages etwas erstaunt. Hier geht es um die Durchführung eines Bürgerentscheides und nicht um die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge. Man könne sich auch nicht darüber beklagen, dass das Parlament nicht tätig werde, wenn man selber keinen entsprechenden Antrag stelle.

Außerdem sei die Stadtverordnetenversammlung für die Straßenbeiträge zuständig; dies könne nicht durch einen Bürgerentscheid geklärt werden.

Gemäß § 8b der HGO könne die Gemeindevertretung die Durchführung eines Bürgerentscheides/Vertreterbegehren beschließen und dafür sei eine 2/3 Mehrheit erforderlich. Hier würden schon hohe Anforderungen festgelegt und somit stelle sich für ihn die Frage, warum soll die Stadtverordnetenversammlung ihre Entscheidungskompetenz abgeben. Das Parlament habe vor kurzem auch über die Grundsteuer A und B beraten und beschlossen, ohne ein Bürgerbegehren.

Außerdem habe man durch die Kommunalwahl von den Wählern den Auftrag erhalten, zum Wohle der Stadt Linden zu entscheiden. Damit sei auch verbunden, dass sich das Parlament die entsprechenden Infos besorgt und sich mit dem jeweiligen Thema befasst. Dies müsse übergeordnet für ganz Linden so gesehen werden und könne nicht auf einzelne Straßen abgeleitet werden.

Nach diesen ganzen Überlegungen kommt man dann zu dem Schluss, dass die Kompetenz der Stadtverordnetenversammlung nicht abgegeben werden soll und hier zu entscheiden ist. Wenn dies so sein soll, dann muss ein entsprechender Antrag gestellt werden.

Bei 8 Ja-Stimmen und 23 Nein-Stimmen wird der Fraktionsantrag Nr. 037/16/21 nicht angenommen.

Zu Punkt 18

Einrichtung von E-Tankstellen in Linden

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 038/16/21 -

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordnete Lenz bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz. Zuvor erklärt sie, dass alle Begriffe, die im Ausschuss genannt wurden, gleichgestellt sind.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag 038/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 19

Sukzessive Erstellung und Fortschreibung eines Landschaftspflegekonzeptes

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 039/16/21 -

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Bgm. König teilt mit, dass es im Antrag eigentlich heißen müsse, „die Fortschreibung des Landschaftspflegekonzeptes...“, da ein Landschaftspflegekonzept bereits vorhanden sei und auch das Wort „sukzessive“ solle man streichen.

Wenn es im Kern der Sache unverändert bleibt, ist für Stadtverordneten Reinwald die Formulierung egal. Sinn des Antrages sei, dass kontinuierlich eine Fortschreibung erfolge und nicht nur zeitlich punktuell. Daher solle „sukzessive“ enthalten bleiben; man soll ständig dranbleiben.

Der Wortlaut wird dann wie folgt geändert: „Sukzessive Fortschreibung des Landschaftspflegekonzeptes.“

Bei 2 Enthaltungen wird der im Wortlaut geänderte Fraktionsantrag Nr. 039/16/21 mit Mehrheit angenommen.

Zu Punkt 20

Pflege der stadteigenen Feldholzinseln

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 040/16/21 -

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Reinwald erklärt, dass man im Ausschuss und auch im Magistrat hierüber sehr intensiv beraten habe und bittet um Zustimmung.

Ehrenstadtverordneter Bausch ist der Auffassung, dass man den Antrag noch erweitern und die Renaturierung Lückenbach mit aufnehmen sollte.

Stadtverordneter Hille erklärt hierzu, dass dies neue Aspekte eröffne und dann sollte man noch einmal im Ausschuss darüber beraten.

Nach kurzer Diskussion zieht Ehrenstadtverordneter Bausch seine Wortmeldung zurück.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 040/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 21

Beschäftigungsmöglichkeit für Flüchtlinge

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 043A/16/21 -

Stadtverordnete Dr. Goll bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass im Antrag das Wort „HFA“ durch „JSSK“ zu ersetzen ist.

Für Bgm. König stellt sich hier die Frage, ob dann nicht auch der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur die entsprechenden Einladungen aussprechen müsse und nicht der Magistrat.

Stadtverordnete Dr. Goll wird dies als Ausschussvorsitzende entsprechend übernehmen.

Stadtverordnete Lenz teilt mit, dass die Wichtigkeit dieses Antrages auch in der letzten Ausländerbeiratssitzung deutlich wurde und stellt daher einen Ergänzungsantrag seitens der CDU-Fraktion. Danach soll der Vorsitzende des Ausländerbeirates, Herr Abrahamian, oder dessen Vertretung eingeladen werden und Rederecht erhalten. Auch Frau Martina Stöhr oder ihre Vertretung soll eingeladen werden und Rederecht erhalten.

Stadtverordnete Hille stellt die Frage, ob die antragstellende Fraktion mit dieser Vorgehensweise einverstanden sei und dann könne man abstimmen, dass der Magistrat in der nächsten Ausschusssitzung darüber berichten kann.

Stadtverordnete Dr. Goll ist mit dem Ergänzungsantrag einverstanden.

Die Abstimmung über den Fraktionsantrag Nr. 043A/16/21 mit der Ergänzung ergibt einstimmige Annahme.

Zu Punkt 22

Straßenbeitragssatzung Linden

hier: Einstufung der Verkehrsanlage Breiter Weg

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 044/16/21 –

Ehrenstadtverordnete Lang bringt den Antrag ein und erläutert ihn ausführlich (Prüfantrag an den Magistrat). Sie stellt eine Analogie zu zahlreichen anderen Straßeneinstufungen her, beginnend mit der Straße „Am Lückenberg“ und nimmt in ihren Blick auch den Beschluss aus dem Jahre 1995 mit auf.

Bürgermeister König verweist darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung nicht über die Einstufung der Straße „Breiter Weg“ zu befinden hat. Dies obliegt dem Magistrat, der sich entsprechender Fachleute (Gutachter) bedienen wird. Der Magistrat wird sich dem dann anschließen.

Bei einer Einstufung gebe es nach Auffassung von Stadtverordnetem Hille klare Regeln nach den vorzugehen ist (Verkehrszählungen usw.) und daher habe er Bauchschmerzen mit diesem Antrag. Daher sollte dies zunächst im Ausschuss geklärt werden.

Bgm. König ergänzt, dass ihn viele Anwohner auf eine Verbindung zum neuen Baugebiet „Nördlich Breiter Weg“ angesprochen und keine Verbindung gewünscht hätten (wurde auch im Bauleitplanverfahren entsprechend berücksichtigt). Erst mit einer derartigen Verbindung wäre eine „innerörtliche Durchgangsstraße“ entstanden.

Stadtrat Leun hat einen formalen Einwand. Der Bürgermeister habe gesagt, dass der Magistrat für diese Einstufung zuständig sei, dann müsse auch der Magistrat entscheiden und nicht ein „Gutachter“. Laut Geschäftsordnung könne nur über Dinge beschlossen werden, wenn man zuständig sei und dies wäre dann hier nicht der Fall.

Ehrenstadtverordnete Lang betont, dass nie die Rede davon war, dass dies in einen Ausschuss soll; dies sei ein Prüfauftrag an den Magistrat.

Wenn man sich den Breiten Weg betrachte, könne man feststellen, dass sehr viel „Fremdverkehr“ hier durchgeht/durchfährt.

Stadtrat Leun teilt zur Klarstellung mit, dass für die Festlegung der Einstufung der Fertigstellungszeitpunkt maßgebend sei – dies sei mit der Einreichung der Schlussrechnung der Fall – und dies beschließe und veröffentliche auch der Magistrat entsprechend.

Sollte ein Anlieger mit der Bezahlung Probleme haben, so könne man rechtzeitig entsprechende Anträge auf Stundung stellen.

Ehrenstadtverordnete Lang erklärt, dass damals sogar die CDU einen entsprechenden Antrag eingereicht habe (Bekanntmachung vom damaligen Bürgermeister Dr. Lenz).

Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart erklärt, dass dieser Antrag von der CDU zurückgenommen wurde, da damals der Stadtverordnete Fischer die Zuständigkeit verneint hat.

Und genau aus diesem Grund, handelt es sich nun um einen Prüfantrag an den Magistrat, so Ehrenstadtverordnete Lang.

Stadtverordneter Hille verweist auf § 12 Abs. 2 der Geschäftsordnung; danach sind Anträge nur zulässig, wenn die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gegeben ist. Dies ist hier nicht der Fall.

Stadtverordneter Dr. Schütz ist ebenfalls der Auffassung, dass es dann im Parlament und den Ausschüssen nichts zu suchen hat.

Man könne überlegen, wie mit dem Hinweis der SPD auf Unstimmigkeiten bei ihren Beobachtungen (Einstufung – Fremdverkehr) umzugehen sei. Ansonsten werden die Bescheide entsprechend erteilt und dann kann man dagegen Rechtsmittel einlegen.

Ehrenstadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass über den Antrag nicht abzustimmen ist, da keine Zuständigkeit gegeben ist.

Zu Punkt 23

Anschaffung von Spielgeräten für Kinder mit Behinderung

- Antrag CDU – Fraktion Nr. 045/16/21

Ehrenstadtverordneter Worm bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur verwiesen.

Zu Punkt 24

Zufahrt Wohnviertel Ziegelei

- Antrag FDP – Fraktionsantrag Nr. 046/16/21

Stadtverordneter Reinwald stellt den Antrag zurück und behält sich vor, diesen nach einer entsprechenden Prüfung wieder aufzurufen.

Kenntnisnahmen:

Zu Punkt 25

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

- a1) Anfrage des Stadtverordneten der FW-Fraktion Manfred Leun bezüglich der Ausfertigung und öffentlichen Bekanntmachung, Aushang, Auslegung von Satzungen; Aufstellung, Offenlegung von Bauleit-/ Bebauungs- und Flächennutzungsplänen der Stadt Linden

Stadtverordneter Leun möchte hierzu nur anmerken, dass die Sach- und Rechtslage vom HSGB und dem Planer Holger Fischer wiedergegeben wurde und die Schwerpunkte dabei verschieden gewichtet wurden. Für ihn ist entscheidend, wie der Europäische Gerichtshof über die ihm diesbezüglich vorgelegte Frage entscheidet. Dann sind die Fristen nicht vorbei, wenn dies nicht europakonform ist. Zur Erklärung von Bgm. König bezüglich der Veröffentlichung (wird beachtet) bittet er darum, mal nachzuschauen, wo evtl. diesbezüglich etwas auf die Stadt zukommen könnte.

- a2) Anfrage des Fraktionsvorsitzenden der FW-Fraktion Hans Bausch bezüglich des Themas Kindergartenneubau

Ehrenstadtverordneter Bausch wünscht hierzu die Aussprache. Die Antworten auf die ersten beiden Fragen wurden gegeben; es war aber nie die Rede von einem Containerkindergarten, sondern von einer Modulbauweise. Der Magistrat hätte sich mit der Stadt Frankfurt (Herrn Schneider) unterhalten sollen, die einen Kindergarten in Modulbauweise errichtet hat. Außerdem sollten an einer solchen Besichtigung mehrere Personen teilnehmen.

- a3) Anfrage des Stadtverordneten der FDP-Fraktion Peter Reinwald bezüglich des Themas Unterhaltung, Sanierung und Erneuerung städtischer Straßen

Stadtverordneter Reinwald möchte ebenfalls die Aussprache. Er hat es ja schon erwartet, dass die Beantwortung der Fragen eher dürftig ausfalle. Es könne nicht sein, dass die Stadt keine Angaben zu den Kosten des Verwaltungsaufwandes tätigen könne. Man sei von der Kameralistik auf die Doppik umgestiegen und da sei eine Leistungsverrechnung mit genauen Kostenstellen vorgesehen.

Zu Punkt 26 **Verschiedenes**

Straßenausbau

Ehrenstadtverordneter Bausch möchte von Bgm. König wissen, wann der Tannenweg im Bereich Kaufland/L 3130 Gießener Straße neu ausgebaut werde. Dieser Abschnitt sei in einem katastrophalen Zustand.

Bgm. König verweist hierzu auch auf die zuvor genannte Anfrage und teilt mit, dass dieser Bereich im kommenden Jahr saniert werden soll.

Ende der Sitzung: 22.18 Uhr

Ralf Burckart, Ehrenstadtverordnetenvorsteher

Renate Wolf, Protokollantin